

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. Juli 1959

24/J

Anfrage

der Abgeordneten S t c i n e r, Dipl.-Ing. Dr. Oskar W e i h s,  
 Vo i t h o f f e r, L a c k n e r und Genossen  
 an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,  
 betreffend die sofortige Aufhebung bzw. Senkung des sogenannten Krisenfonds.

-.-.-.-.-

Ungeachtet der berechtigten Proteste aus den Kreisen der Milchbauern wegen der ungesetzlichen Einbehaltung des Krisenfonds, dessen ehestes Abschaffung vor den Wahlen auch vom Bauernbund der Österreichischen Volkspartei feierlich zugesagt wurde, wird dieser Abzug noch immer aufrecht erhalten. Dabei liegen heute dafür nicht einmal jene Gründe mehr vor, die man immer wieder angeführt hat: nämlich die grossen Überschüsse an Molkereiprodukten im Inland und die Schwierigkeit des Absatzes im Ausland. So sind die Buttervorräte in Großbritannien gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte gesunken, in Holland von 15.000 to auf 300 to, die westdeutsche Bundesrepublik hat die zusätzliche Einfuhr von 10.000 to Butter freigegeben; desgleichen importiert Schweden, die Lager in Dänemark sind leer und die Buttervorräte in Österreich betragen derzeit 140 to Butter, das ist der Verbrauch von knapp drei Tagen.

Unter diesen Umständen bedeutet die weitere Einbehaltung des Krisenfonds nicht nur eine ungesetzliche, sondern auch durch die wirtschaftliche Lage völlig ungerechtfertigte Einnahmenkürzung der Milchbauern. Es besteht vielmehr geradezu die Notwendigkeit, den Milchbauern einen zusätzlichen Anreiz für die erhöhte Marktlieferung zu geben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, entsprechend der Entschliessung des Nationalrates anlässlich der letzten Budgetdebatte den Krisenfonds in der Milchwirtschaft ehestens abzubauen oder zumindest unverzüglich eine fühlbare Senkung durchzuführen?

-.-.-.-.-